

Zur Halbzeit in Führung

Zwei Jahre **Regierungsmehrheit von SP und Grünen** und ihre Früchte

Die Halbzeitbilanz der Regierungsmehrheit von SP und Grünen mit unseren drei SP-Regierungsmitgliedern lässt sich sehen: Barbara Egger-Jenzer, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud verfolgen zielstrebig eine nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern. Sie tun dies hartnäckig und lösungsorientiert, obwohl ihnen der bürgerlich dominierte Grosse Rat mit fadenscheinigen Argumenten häufig die Unterstützung verweigert.

Angelika Neuhaus

Gross war die Überraschung, als am 9. April 2006 mit Barbara Egger (SP), Philippe Perrenoud (SP), Andreas



Rickenbacher (SP) und Bernhard Pulver (Grüne) eine Kandidatin und drei Kandidaten der SP und der Grünen in den Regierungsrat gewählt wurden. Kaum

jemand hatte mit einem solchen Resultat gerechnet, unsere Freude war riesig.

Wohin geht's mit der neuen Regierungsmehrheit?

Die Medien haben sich bereits in ihren ersten Nachwahlkommentaren die Frage gestellt, wie sich die Arbeit einer Regierungsmehrheit

Sommer 2006 fest, dass nur ein sorgsamer Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen längerfristig einen hohen Lebensstandard ermöglicht. Und für dieses Ziel setzen sich unsere drei SP-Regierungsmitglieder seit zwei Jahren mit ihrer ganzen Energie ein.

Für saubere Energie und zukunftssträchtige Infrastruktur

In der Energie- und Klimapolitik hat Barbara Egger-Jenzer bereits im Juni 2006 eine Energiestrategie präsentiert, welche im Bereich der Energieeffizienz und des Energieverbrauchs neue, ehrgeizige Vorgaben machte. Leider verlangte die bürgerliche Mehrheit im Grosse Rat im September 2007 eine Sistierung der Arbeiten am Energiegesetz – ein unnötiger und rein politisch motivierter Aufschub. Barbara Egger-Jenzer zeigte als Bau-, Energie-, und Verkehrsdirektorin wie eine umsichtige Planung zu Erfolgen führt, so beim Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf, bei der Planung des Knotenpunktes Bahnhof Bern, bei grossen Bauprojekten wie dem Tram Bern West oder der Erstellung der Entlastungsstollen für hochwassergefährdete Orte wie Thun und Lyss. Zusätzlich kämpft sie hartnäckig und erfolgreich für nationale Subventionen, um weitere Projekte im Rahmen des öffentlichen und individuellen Verkehrs im Kanton Bern zu verwirklichen.

Für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftskanton

In den ersten Monaten seiner Amtszeit hat der Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher die Handlungsspielräume für eine rot-grüne Politik in der zuvor stets bürgerlich geführten Direktion ausgelotet. Andreas Rickenbacher formulierte umgehend eine neue Wachstumsstrategie für den Kanton Bern sowie Massnahmen zur gezielten Förderung des Wohnstandortes. Er setzte klare Zeichen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Kanton Bern, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit der Lancierung einer Lehrstellenkonferenz (gemeinsam mit der Erziehungsdirektion) und der Schaffung einer Koordinationsgruppe Wissens- und Technologietransfer. Eine ökologische Landwirtschaft und Massnahmen für eine saubere Luft sind weitere Ziele in der Direktion, wo sehr unterschiedliche Themenfelder wie Passivrauchen, Jagdgesetz oder der Umgang mit dem Wolf zu bearbeiten sind.

Für eine Stärkung der Hausarztmedizin und der Integration

Philippe Perrenoud übernahm mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion viele zeitintensive Geschäfte, wie die Vorbereitung der Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz. Er hat die Verordnung für die kantonale Integrationskommission

verabschiedet und damit die Wichtigkeit von Integrationsmassnahmen unterstrichen. Er startete ein Pilotprojekt zur Stärkung der Hausarztmedizin und hat im sensiblen Bereich des Sozialhilfemissbrauchs ein Pilotprojekt mit Sozialinspektoren umgesetzt. Die finanziellen Mittel für Beschäftigungs- und Integrationsangebote hat der Gesundheits- und Fürsorgedirektor erhöht. Dies war notwendig, nachdem mit den bürgerlichen Sparübungen wichtige Angebote gestrichen worden waren.

Harte Arbeit für einen starken Kanton Bern

Unsere drei SP-Regierungsmitglieder haben in den letzten 23 Monaten hart gearbeitet. Sie haben bewiesen, dass eine Regierungsmehrheit von SP und Grünen nachhaltige Lösungen zugunsten der Bevölkerung und unserer Umwelt nicht nur formuliert, sondern auch umsetzt: für einen innovativen und attraktiven Kanton Bern. Die SP-grüne Regierungsmehrheit hat sich mit verantwortungsvoller Finanzpolitik das Vertrauen der Bevölkerung erarbeitet und gleichzeitig eine Steuersenkung zugunsten der Familien durchgeführt. Eine wahrlich hervorragende Bilanz, die auch durch Miesmachelei der bürgerlichen ExponentInnen nicht geschmälert werden kann. Da bleibt nur ein grosses Toi, toi, toi für die zweite Halbzeit.

Nachhaltige Lösungen zugunsten der Bevölkerung und unserer Umwelt

von SP und Grünen auf den Kanton auswirken und wo der Kanton Bern nach den vier Jahren wohl stehen wird. Heute wissen wir, wo der Kanton Bern nach zwei Jahren steht: Die Bevölkerung bewies durch ihr Abstimmungsverhalten Vertrauen in ihre Regierung und unterstützt den eingeschlagenen Weg. Endlich besteht Politik im Kanton Bern wieder aus verschiedenen aufeinander abgestimmten Politikfeldern – und nicht ausschliesslich aus Finanz- und Sparpolitik. Die neue Regierung hielt in ihrem Richtlinienbericht im



Unsere drei Regierungsmitglieder in der Halbzeit: Andreas Rickenbacher, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud BILD: A. BLATTER

SPITZE FEDER

Gesucht: Frau

Ich erinnere mich wieder an meine Zeit als JUSO, als wir selbstverständlich gleich viele Frauen



wie Männer auf unserer Nationalratsliste wollten. Immer schneller waren die Männerplätze weg und bei den Frauen

herrschte noch grosse Leere. Die Überzeugungsarbeit – wenn mir erlaubt ist, diese so zu nennen – dauerte bei den meisten unserer weiblichen Mitglieder mindestens doppelt so lange wie bei den Herren, die ja von Natur aus für die Politik geschaffen sind. Wir machten mit der ausgeglichenen Liste einen starken Wahlkampf und weder Frau noch Mann wurde gewählt.

Heute höre ich wieder dieselben Worte: Ja, wir haben alle Frauen angefragt; leider haben alle abgesagt. Ja, in unserer Sektion haben wir wirklich nur Männer gefunden, die bereit sind, für dieses oder jenes Amt zu kandidieren. Auch für die Spitze Feder suche ich neben Schreibern auch Schreiberinnen, schliesslich sind wir die Frauenpartei und dies soll sich in der hier veröffentlichten Meinung spiegeln. Auf den Aufruf zum Schreiben meldete sich – ein Mann; und die beiden Männer, welche ich anfragte, sagten mehr oder weniger umgehend zu. Doch bis heute fand sich nur eine Frau, die die Spitze Feder schwingen will. Alle anderen konnten nicht, wollten nicht, sollten nicht.

Gerne verrate ich ein Geheimnis der Männer: Wir Männer überlegen nicht, wir wägen nicht ab, wir denken nicht nach – wir sagen einfach zu. Doch das wisst ihr Frauen schon lange: Männer tun vieles einfach, entgegen besserem Wissen. So wie ich jetzt diese Kolumne schreibe, obwohl uns seit der Primarschule eingetrichtert wurde, dass Frauen eigentlich viel besser mit Sprache umgehen können.

Ich hoffe, ich habe jetzt genug Frauen provoziert, wenn auch nicht überzeugt, sich umgehend als Schreiberin für die Spitze Feder zu melden: links.be@sp-be.ch.

Daniel Furter



Sie stellten ihre Ideen für die Zukunft der roten Städte vor: Edith Olibet und Alexander Tschäppät aus Bern, Hans Stöckli und Alain Sermet aus Biel sowie Katrin Jaggi aus Zürich, unter Moderation von Sibylle Dickmann.

BILD: T. MARBOT

Rote Städte haben Zukunft

Klare Visionen der SP-Regierungsmitglieder von Bern und Biel

Am kantonalen Parteitag vom 26. März in Bern zeigten Vertreterinnen und Vertreter der Berner und Bieler Stadtregierungen auf, wie die SP Städte zum Erfolg führt: mit sachlichen Lösungen, vorausschauender Finanzpolitik und sozialer Verantwortung gegenüber allen Stadtbewohnerinnen und -bewohnern.

Sibylle Dickmann

In den Städten herrschten Gewalt, Dreck und hohe Steuern: So blasen Bürgerliche zum Angriff auf linke Stadtregierungen. Am kantonalbernerischen Parteitag zerlegten Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen von Bern und Biel diese Vorwürfe Schritt für Schritt. «Sozialdemokratische Politik ist heute Synonym für gute Stadtpolitik», fasst der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät die Entwicklung seiner Stadt zusammen. «In den Städten entsteht, was die ganze Schweiz beschäftigt» – die so genannte A-Problematik. A wie arm, alt, asozial oder arbeitslos. In den Städten entstehen aber auch die Lösungen. Die Städte geben dem ganzen Land gesellschaftliche Impulse. Die Zürcher Kantonsrätin und Architektin Katrin Jaggi bringt die innovative Rolle linker Städte auf den Punkt: «Unsere Erfolge von gestern werden heute von den Bürgerlichen als common sense akzeptiert.»

Die Lebensqualität steht im Mittelpunkt

Für die Berner Gemeinderätin Edith Olibet ist die Familienförderung zentral für die Lebensqualität in den Städten: Massnahmen zur Integration Jugendlicher, Krippenplätze, Kindertagesstätten: «Da ist noch viel Kleinarbeit nötig.» In der Tat: gute Schulen, ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen und ein breites Kulturangebot, das sind die Argumente, die im Standortwettbewerb der Städte Geltung haben. «Wegen tieferen Steuern allein zieht keiner nach Bern», erklärt Tschäppät.

Kritik erntete Bern in letzter Zeit vor allem in Fragen der öffentlichen Sicherheit. Da setzt Alexander Tschäppät auf Eigenverantwortung, gegenseitige Toleranz und verstärkte Repression. Auch in Biel sieht das neue Konzept zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls unter vielen anderen Massnahmen auch eine leicht erhöhte Polizeipräsenz vor, erklärt der Bieler Gemeinderat Alain Sermet.

Verantwortungsvolle Finanzpolitik

Privatisierung öffentlicher Dienste, Kürzungen in der Sozialhilfe, Steuerrumpfen: Bürgerliche Rezepte hätten sich als nicht tauglich erwiesen, Städte zu attraktivieren. Die linken Stadtmanager von Bern und Biel dagegen haben ihre Wirtschaftsmotoren angekurbelt. In Biel und Bern präsentieren die roten Regierungen schwarze Zahlen. In Biel ermögliche die umsichtige Finanzpolitik nun eine kleine Steuersenkung, so der Bieler Stadtpräsident Hans Stöckli. Doch damit folge er nicht den bürgerlichen Forderungen. «Wenn das Budget im Lot ist, dann dürfen auch wir die Steuern senken.» Jedoch, und das sei der Unterschied zu den Bürgerlichen, «mit Augmass und immer im Hinblick auf die soziale Nachhaltigkeit und Verantwortung».

Sibylle Dickmann ist Journalistin BR und Projektassistentin

SO BRINGT DIE SP STÄDTE ZUM BLÜHEN

- Wohn- und Lebensqualität für Familien
- Integrationsförderung
- Attraktives Schul- und Kulturangebot
- Antizyklisches Investitionsverhalten der öffentlichen Hand
- Langfristige Städteplanung
- Kooperation mit privaten Investoren

Von Capitalwoman und Hamburger Gutscheinen

Der erste europäische Kongress «**Gender Equality in Towns**» war ein voller Erfolg.

Die Städte Basel, Bern, Genf und Zürich organisierten gemeinsam den internationalen Kongress «**Gender Equality in Towns**» am 4./5. April in Zürich. An zwei Tagen trafen sich Fachleute aus Verwaltungen, NGOs, der Politik und wirtschaftsnahen Netzwerken, um städteübergreifend über Erfahrungen in der Gleichstellungsarbeit zu diskutieren.

Patrizia Mordini

Vielen Städten stellen sich vergleichbare Herausforderungen in demografischer, sozialer, städteplanerischer



und wirtschaftlicher Hinsicht. Diese betreffen auch immer die Gleichstellung von Frau und Mann. An der Tagung wurden Projekte aus 14 verschiedenen

Städten vorgestellt, welche in Workshops vertieft werden konnten. Die Themenbereiche waren vielfältig, ganz im Sinne des Gender Mainstreaming – einer Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in allen Lebensbereichen: Strategien der Gleichstellungsarbeit, Integrationsarbeit, Stadtplanung, Prostitution und Frauenhandel, Gewaltprävention sowie die verstärkte Partizipation von Frauen in der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung.

Die Stadt Bern erarbeitet einen Aktionsplan

Die organisierenden Schweizer Städte hatten ebenfalls Gelegenheit, ihre Arbeit kurz vorzustellen: Berns Stadtpräsident Alexander Tschäppät berichtete über den bereits eingeführten Vaterschaftsurlaub und einen Aktionsplan zur Gleichstellung, welcher auf Grund eines Postulats von Ursula Marti und mir ausgearbeitet wird. Die Arbeit am Aktionsplan erlaubte es Bern, die EU-Gleichstellungs-Charta bereits zu unterzeichnen (siehe Artikel auf der Frauenseite Links.ch). Einige europäische Projekte in Sachen Gleichstellung seien im Folgenden vorgestellt.

Capitalwoman – Gleichstellung ist in London Chefsache

Jeweils am 8. März, dem internationalen Tag der Frau, organisiert der

Londoner Oberbürgermeister Ken Livingstone die Konferenz Capitalwoman. Sie bietet eine einzigartige Plattform für Debatten über die Prioritäten und Probleme, die das Leben für Frauen in London mit sich bringt. Seit 2001 ist die jährliche Konferenz von 300 auf 2000 Frauen angewachsen. Die Frauen können in direkten Dialog mit dem Oberbürgermeister treten und breit gefächerte Informationsstände und Veranstaltungen besuchen, von Karriereberatung über Selbstverteidigungskurse bis zu Infogefässen im Bereich Bildung, Verkehr und Geldmanagement.

Betreuungsgutscheine in Hamburg

In Hamburg wurde 2003 ein Kindertagesstätten-Gutscheinsystem eingeführt, mit welchem die Eltern respektive ihre Kinder durch Gutscheine mit einer «Nachfragemacht» ausgestattet werden. Die Betreuungs-

plätze werden nicht mehr unmittelbar finanziert. Der Gutschein mit bedarfsgerechtem Betreuungsumfang wird beim Kinderbetreuungsangebot der Wahl eingelöst, sofern dort ein Platz frei ist. Es spielt der freie Markt, was einige Fragen zur Qualitätssicherung der Angebote offen lässt.

Startpunkt für den europäischen Austausch

Ich bin überzeugt, die Teilnehmenden tragen innovative, konkrete Massnahmen und Projektideen in ihre Städte zurück. Klar ist, dass für eine Umsetzung die notwendigen Ressourcen vorhanden sein müssten. Hier ist die Politik gefragt. Mit dem Kongress wurde auch ein dauerhafter Austausch unter den europäischen Städten in Gang gesetzt, und ich bin mir sicher: ein nächstes Treffen folgt.

Patrizia Mordini ist Stadträtin in Bern



In London ist Gleichstellung Chefsache

BILD: DOMINIC BÜTTNER/PIXSIL.COM

AKTUELL

Gesucht: Mentorinnen und Mentees für die 2. Staffel des Mentoringprojektes

Mentorinnen sind politisch erfahrene Frauen, die Zeit und Interesse haben, ihr Wissen an junge Frauen weiterzugeben, sie zu unterstützen und zu beraten. Die Aufgaben der Mentorin: Erfahrungen weitergeben und Einblick hinter die Kulissen gewähren – Der Mentee das eigene Netzwerk öffnen – Beraten und ermutigen – Inhalte vermitteln und praktische Tipps geben.

Mentees sind engagierte und politisch interessierte Frauen, die sich weiterentwickeln wollen. Was sollen sie mitbringen? Klare Ziele, Eigeninitiative, Auskunftsbereitschaft, Verbindlichkeit.

Was bringt das Mentoring-Jahr der Mentee? Sie lernt eine erfahrene Persönlichkeit, ihren Hintergrund und ihr Umfeld kennen – Sie kann interessante Kontakte knüpfen und erhält Zugang zu Netzwerken – Sie hat Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des politischen Alltags zu werfen – Sie erhält konkrete Tipps für ihr öffentliches Engagement – Sie wird unterstützt beim Erkennen und Weiterentwickeln eigener Kompetenzen und Qualitäten.

Das SP-Frauen-Kursangebot

Es hat in allen Kursen noch freie Plätze. Jetzt anmelden. Kosten pro Kurs: Fr. 30.–.

■ Kurs 1: **FrauMachtPolitik**

Referentin: Regula Zellweger, Dipl. Psychologin, Berufs- und Laufbahnberaterin. Datum/Zeit/Ort: 8. Mai 2008, 19–21.30 Uhr, Haberhuus, Köniz

■ Kurs 2: **Frauen erfolgreich in der Öffentlichkeit**

Referentin: Regula Zellweger, Dipl. Psychologin, Berufs- und Laufbahnberaterin. Datum/Zeit/Ort: 5. Juni 2008, 19–21.30 Uhr, Hotel Bären, Lyss

■ Kurs 3: **Finanzen – kein Buch mit sieben Siegeln**

Referentin: Margret Kiener Nellen, Gemeindepräsidentin Bolligen, Nationalrätin. Datum/Zeit/Ort: 11. September 2008, 19–21.30 Uhr, Pizzeria Da Luca, Burgdorf

Weitere Informationen und Anmeldung für beide Projekte: SP-Frauen Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, vormittags: 031 370 07 84, madeleine.thoenen@sp-be.ch

AGENDA

- 6. MAI**
Vorstandskonferenz Regionalverband Emmental.
 19–21.30 Uhr, Hotel Hirschen, Langnau
- 8. MAI**
Vorstandskonferenz Regionalverband Biel/Bienne-Seeland. 19–21.30 Uhr, Hotel Kreuz, Lyss
- 14. MAI**
Vorstandskonferenz Regionalverband Thun. 19–21.30 Uhr, Hotel Freienhof, Thun
- 21. JUNI**
Parteitag SP Kanton Bern.
 10–16 Uhr, Huttwil
- 13. SEPTEMBER**
Fachtagung Bildung zum Thema Selektion. 9–13 Uhr, Hotel Bern, Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin:
 SP Kanton Bern
 Monbijoustrasse 61
 Postfach 1096, 3000 Bern 23
 Telefon 031 370 07 80
 links.be@sp-be.ch
 Spenden: PK 30-895-9
 (SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter
 Mitarbeit: Sibylle Dickmann,
 Patrizia Mordini, Angelika
 Neuhaus, Margreth Schär,
 Madeleine Thönen

Redaktionsschluss nächste
 Ausgabe: 13. Mai 2008

Adressänderungen bitte direkt
 an: linksabo@spschweiz.ch

TSCHULDIGUNG

Im links.be 86 schreiben wir von zwei Sektionen, die durch einen gemeinsamen Vorstand geführt werden. Dabei handelt es sich korrekterweise um die Sektionen Aeffligen und Rüdltigen-Alchenflüh, www.sp-ae-ruaal.ch.

SCHLUSSSPURT

Primatwechsel und Kinderzulagen

Aus der **Aprilsession** des Grossen Rates

In dieser Session standen wichtige Themen an, wie der Primatwechsel bei den Pensionskassen, die Anpassung der Familienzulagen, das Verbot von Killerspielen und die Neuregelung der Arbeitsgerichte.

Margreth Schär

In vielem konnte die SP in dieser Session Erfolg feiern. Nicht nach SP-Wunsch verlief allerdings die Abstimmung zu den Pensionskassen der Staatsangestellten und Lehrkräfte. Die SP wehrte sich gegen den Primatwechsel. Dieser muss teuer erkaufte werden, wie der Bericht des Regierungsrats aufzeigt. Für die SP/



JUSO kann ein Primatwechsel nur diskutiert werden, wenn es bei der Übergangsregelung keine VerliererInnen gibt und die Kosten für den Kanton tragbar sind. Den Bürgerlichen ist es nur dank grosszügigen Zugeständnissen gelungen, eine knappe Mehrheit für die Ausarbeitung einer Vorlage zum Wechsel zu finden. Die SP/JUSO-Fraktion wird die Bürgerlichen an diese Versprechen erinnern.

Bisher kannte der Kanton Bern sehr tiefe Kinderzulagen. Die SP/JUSO fordert höhere Zulagen, wie sie in den umliegenden Kantonen bereits üblich sind. So verlangte Patric Bhend im Namen der SP/JUSO Kinder- und Ausbildungszulagen, die 50 Franken über dem neuen nationalen Minimum liegen. Dieses mit Hartnäckigkeit vertretene Bekenntnis zu den Familien führte im Rat zu einem Kompromiss. Der Kanton Bern wird ab 2009 Zulagen zahlen, die 15 Prozent über dem Minimum liegen, das entspricht 30 Franken mehr für jedes Kind – ein wichtiger Beitrag für einen attraktiven Kanton.

Killerspiele werden regelmässig im Zusammenhang mit Jugendgewalt genannt. Bei Tätern werden nicht selten solche Spiele gefunden. Die heutige gesetzliche Grundlage bietet keine Möglichkeit, den Verkauf solcher Spiele zu verbieten. SP-Grossrat Roland Näf konnte eine klare Ratsmehrheit überzeugen, mit einer Standesinitiative beim Bund die Ausarbeitung eines griffigen Gesetzes zu verlangen.

Die Arbeitsgerichte haben sich in der Vergangenheit sehr bewährt. ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen sprechen vom grossen Nutzen dieser Einrichtung. Gemäss Justizre-

form II, die dieses Jahr behandelt werden soll, würde es die Arbeitsgerichte nicht mehr geben. Corrado Pardini verlangte von der Regierung, dass die Vorzüge der heutigen Arbeitsgerichte, wie paritätische Zusammensetzung und Urteilskompetenz bis mindestens 8000 Franken, in die neuen Schlichtungsstellen einbaut werden müssen. Diese Forderung wurde vom Grossen Rat als Postulat überwiesen.



Erste Rechtshilfe und mehr!

Wir beraten Sie gerne:
 www.bspv.ch, 031 311 11 66.

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

ROTES BRETT

DER 1. MAI IN THUN AM 30. APRIL

Das 1.-Mai-Fest beginnt also am 30. April um 15 Uhr auf dem Rathausplatz; Umzug findet keiner statt. Von 15–17 Uhr werden die Liedermacher Gusti Pollak und Roberto Brigante für Unterhaltung sorgen. Um 17 Uhr reden: Nadine Masshardt, Juso-/SP-Grossrätin, Margarida Pereira, Unia-Zentralsekretärin Bereich Migration, Christine Goll, SP-Nationalrätin und VPOD-Präsidentin.

DER 1. MAI IN BERN AM 1. MAI

Auch hier gibts ausnahmsweise keinen Umzug. Ab 11 Uhr sprechen auf dem Kornhausplatz: Ruedi Keller, Präsident GSB, Christine Goll, Alexander Tschäppät, Stadtpräsident, Regula Rytz, Gemeinderätin, Daniel Mulis, Unia Jugend, und Manmohan Shastri, Aktivist aus Bangalore, Indien. Ab 12 Uhr Fest in der Zeughausgasse mit Risotto und mehr. Ab 12.30 Uhr sorgt Sarbach und Unplugged Project für Musik.

5 FRANKEN GÜNSTIGER INS:

Theater Biel Solothurn www.ensemble-theater.ch

ROMEO UND JULIA AUF DEM DORFE

von Gottfried Keller, in einer Bühnenfassung von Deborah Epstein

in Biel (Burggasse 19)

Sa. 17.05.2008, 19 Uhr
 Di. 20.05.2008, 20 Uhr
 Do. 29.05.2008, 20 Uhr
 Mi. 04.06.2008, 20 Uhr

in Solothurn (Theatergasse 16–18)

Fr. 16.05.2008, 20 Uhr
 Di. 27.05.2008, 20 Uhr
 Sa. 31.05.2008, 19 Uhr
 Mit dem SP-Mitgliederausweis erhältst du an der Abendkasse 5.– Rabatt (nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen).

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@sp-be.ch